

Anfrage Nr. 0012/2013/FZ  
**Anfrage von: Stadtrat Rothfuß**  
**Anfragedatum: 06.03.2013**

**Beschlusslauf**

Letzte Aktualisierung: 19. März 2013

Betreff:

**Südbrücke Eppelheim**

Schriftliche Frage:

Stadtrat: Herr Rothfuß

Der Wiederaufbau der Südbrücke Pfaffengrund-Eppelheim befindet sich derzeit im Beratungslauf des Eppelheimer Gemeinderates.

Die Vorlage sieht eine Fahrbahnbreite für den Autoverkehr von 5m vor, ebenfalls sollen die Zufahrten zu dieser Brücke auf 5m verbreitert werden, heute sind diese zum Teil nur 3,5m breit.

Der Heidelberger Gemeinderat hat mehrheitlich eine Breite für die Fahrspur des Autoverkehrs von 3,5m beschlossen, weil u.a. befürchtet wurde, dass die Zufahrtsstrassen ebenfalls ausgebaut werden und es zu einer massiven Zunahme des MIV kommt.

1. Wie steht die Stadtverwaltung zu dieser dem Heidelberger Gemeinderat nicht gedeckten Planung?
2. Wie kommt Bürgermeister Mörlein zu der Annahme, dass sich die beiden Städte die Mehrkosten von 250.000 € teilen?
3. Welche weiteren Schritte gedenkt die Verwaltung zu tun?

Antwort:

zu Frage 1)

Die Verwaltung hat dem Regierungspräsidium Karlsruhe den Beschluss des Heidelberger Gemeinderates zur Südbrücke mitgeteilt. Die Verantwortung für Planung und Bau der Brücke liegt beim Regierungspräsidium Karlsruhe, die Brücke liegt nicht auf Heidelberger Gemarkung. Das Regierungspräsidium geht insoweit auf den Wunsch der Städte Eppelheim und Heidelberg ein, dass der auf der Nordseite geplante Geh- und Radweg eine Breite von 3,50m aufweisen wird. Die Straßenbreite wird mittlerweile vom Regierungspräsidium mit 5,00 m geplant, daher bleibt die Verwaltung bei der geforderten Breite des gegenläufigen Geh-Radwegs von 3,50m. Diese Breite ist innerhalb der Heidelberger AG Rad abgestimmt.

zu Frage 2)

In der Verwaltungsvorlage wurden Mehrkosten in Höhe von etwa 200.000,- € für die von den Städten Heidelberg und Eppelheim gewünschte Breite des Geh- und Radwegs von 3,50 m genannt. Diese werden nicht von Land / Bund getragen.

zu Frage 3)

Sobald die genauen Mehrkosten vom Regierungspräsidium genannt werden können wird die Verwaltung eine Beschlussvorlage hierzu vorlegen. Im Haushalt 2013/2014 sind hierfür keine Mittel vorgesehen.

## **Sitzung des Gemeinderates vom 14.03.2013**

**Ergebnis:** behandelt